

Zu diesem Heft

Hilfe! Deutsche Entwicklungspolitik

Dem Anschein nach signalisiert der September 2015 einen Wendepunkt. Nachdem die entwicklungspolitische Debatte der letzten Jahre zunehmend von der Post-2015-Agenda bestimmt wurde, war es endlich so weit: Auf dem UN-Gipfel in New York wurde die „2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung“ beschlossen. Das entsprechende Werbevideo auf globalgoals.org versammelt Prominente von Bill Gates und Jennifer Lopez über Cate Blanchett und Ai Weiwei bis Stephen Hawking und Stevie Wonder unter der klaren Botschaft: „Wir können, wir müssen die erste Generation sein, die extreme Armut beendet“. Auf die vorgeblich gelungene Halbierung der Armut durch die *Millennium Development Goals* seit 2000 folgt nun die endgültige Abschaffung zumindest der extremen Armut in der Agenda der *Sustainable Development Goals*. Unterschlagen wird dabei, dass die Erfolge in der Armutsbekämpfung außerhalb von China hauptsächlich auf Rechentricks, bspw. die Manipulation der internationalen Armutsgrenze, zurückzuführen sind.

Der Vorsatz, den Armen zu helfen, ist jedoch älter als die meisten Beteiligten des Werbevideos: Schon 1949 hieß es in der Ankündigung des ersten globalen Entwicklungsprogramms durch den US-Präsidenten Harry S. Truman, zum ersten Mal in der Geschichte sei die Menschheit in der Lage, das Leiden der Menschen in unterentwickelten Regionen zu lindern. Damals wie heute ist Entwicklungspolitik mehr als nur ein moralischer Appell: Sie ist auch ein Versprechen auf eine bessere Zukunft. Dass dieses Versprechen zuerst vor dem Hintergrund von Kaltem Krieg und antikolonialen Bewegungen gegeben wurde und offenkundig alle ein, zwei Jahrzehnte erneuert werden muss, sollte zu denken geben. Angesichts dessen drängt sich die Frage nach der legitimatorischen Funktion von Entwicklungspolitik für die bestehende Weltordnung auf. Zu fragen ist aber auch, warum Entwicklungspolitik in den vergangenen Jahrzehnten ihr Ziel, Armut zu überwinden, nicht oder allenfalls marginal erreicht hat. Sie wurde vorrangig nicht als globale Strukturpolitik betrieben, wie Heidemarie Wiecezorek-Zeul, 1998-2009 Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, immer wieder forderte, sondern eben nur als „wirtschaftliche Zusammenarbeit“, bei der die Machtstrukturen und die Privilegien der Reichen unangetastet blieben. Die globale Ungleichheit wurde nicht thematisiert, das Problem entpolitisiert.

Entwicklungspolitik hat bisweilen auch andere Ziele: Der deutsche Politikwissenschaftler Franz Nuscheler beschreibt sie als „Mehrzweckinstrument“, das sicherheitspolitischen Zielen ebenso wie außenwirtschaftlichen oder humanitären dienen könne. Sein Appell an das „aufgeklärte Eigeninteresse“ – weil Armut und Krisen im Globalen Süden in einer globalisierten Welt auch „uns“ in Deutschland negativ betreffen, müssten „wir“ sie bekämpfen – rennt zwar beim zuständigen Bundesministerium offene Türen ein, ist aber fragwürdig: Er reproduziert die Vorstellung, dass Menschen innerhalb eines Landes gemeinsame nationale Interessen haben und deren Durchsetzung auf internationaler Ebene legitim ist. Der langjährige Geschäftsführer des Deutschen Entwicklungsdienstes Jürgen Wilhelm und der Politikwissenschaftler Hartmut Ihne betrachten Entwicklungspolitik noch weitaus positiver: Zwar sehen sie in ihr sowohl moralische als auch pragmatische Motive, betonen aber ihre „geistigen Wurzeln“ in der europäischen Kultur, im Aufklärungsdenken und in einem durch christliche Nächstenliebe geprägten Weltbild. Über das jahrhundertlang in der globalen Expansion dieser Kultur maßgeblich von Rassismus und Gewalt geprägte Verhältnis zu nichteuropäischen Menschen verlieren sie kein Wort. Ganz ohne Ironie bezeichnen sie „die Erziehung Freitags auf der einsamen Insel“ in Daniel Defoes Roman *Robinson Crusoe* als frühes „entwicklungspolitisches Modellprojekt“, um wenig später zu fordern, dass Entwicklungszusammenarbeit nur „auf gleicher Augenhöhe und nicht vom hohen Ross industriell entwickelter Länder und ihrer Experten stattfinden darf“. Besser lässt sich die koloniale Erbschaft der Entwicklungspolitik kaum illustrieren (vgl. auch *PERIPHERIE* 120).

Deutschland ist heute einer der größten Entwicklungshilfegeber weltweit und prägt maßgeblich die Entwicklungspolitik der Europäischen Union. Erste entwicklungspolitische Ideen lassen sich für Deutschland bis zur Berliner Konferenz 1884/85 zurückverfolgen; konkrete Praktiken manifestieren sich insbesondere in der Gründung des Reichs-Kolonialamts 1907. Offiziell jedoch wurde erst seit 1953 Entwicklungshilfe geleistet und 1961 mit der Gründung des *Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit* (BMZ) institutionalisiert. Der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer bezeichnete das Ministerium (das seine Existenz wesentlich dem Geschacher um Ministerposten in der damaligen CDU-FDP-Koalition verdankte) als „Rose ohne Dornen“. Demgegenüber erscheint Nuschelers Bezeichnung als „Mauerblümchen in der Ressorthierarchie“ passender. Häufig war die Entwicklungspolitik von der Priorität anderer Ministerien geprägt: von außenpolitischen Zielsetzungen im Kalten Krieg oder außenwirtschaftspolitischen Motiven der Förderung des Exports deutscher Firmen.

Dennoch vertrat die deutsche Entwicklungspolitik spätestens seit Ende der 1960er Jahre offensiv den moralischen Anspruch, den Armen zu helfen. In dem v.a. von konservativen und liberalen BMZ-Minister_innen vorgebrachten Postulat, dass dies keinen Widerspruch zur Förderung der deutschen Wirtschaft darstelle, offenbart sich das erwähnte fragwürdige Credo der Entwicklungspolitik: die Harmonie der Interessen zwischen Nord und Süd, Arm und Reich, Investoren und den als „unterentwickelt“ definierten Menschen. Das BMZ – seit 1993 heißt es *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* – behauptet 2015 auf seiner Internetseite, durch Entwicklungszusammenarbeit entstünden wirtschaftliche Partnerschaften, die allen Seiten Gewinn brächten. Jenseits der tagespolitischen Debatten um globale Nachhaltigkeitsziele, aber diesseits einer primär auf Diskurse und Repräsentationen fokussierten Kritik soll es in diesem Heft darum gehen, wie es um das Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit, Moral und Interessen in der deutschen Entwicklungspolitik bestellt ist. Anhand verschiedener Untersuchungen der entwicklungspolitischen Praxis sollen einige ihrer Projekte und Programme näher analysiert werden.

Den Anfang machen *Josephine Brämer und Aram Ziai* in ihrer Bilanz der deutschen Entwicklungspolitik 2009-2013. Sie unterscheiden geopolitische, außenwirtschaftliche und genuin entwicklungspolitische Handlungslogiken in der Entwicklungspolitik und fragen danach, inwiefern darin unter der Leitung des BMZ durch den FDP-Politiker Dirk Niebel eine tatsächliche Verschiebung festzustellen ist. Nach einer Untersuchung wichtiger Initiativen und Akzentsetzungen der deutschen Entwicklungspolitik in diesem Zeitraum und einem Vergleich mit dem rot-grün geführten BMZ unter Wieczorek-Zeul gelangen die Autorin und der Autor zu dem Schluss, dass der Handlungsspielraum der Politiker_innen je nach Politikbereich unterschiedlich ausfällt: Während im allgemein entwicklungspolitischen und im sicherheitspolitischen Bereich die FDP-Leitung neue Akzente setzen und alte Initiativen beenden konnte, war die wirtschaftspolitische Ausrichtung an Privatwirtschaftsförderung und Marktöffnung auch unter der Vorgängerregierung vorhanden und wurde lediglich ausgebaut und rhetorisch hervorgehoben.

Susanne Schultz und Daniel Bendix analysieren, wie das nach der Weltbevölkerungskonferenz 1994 von der offiziellen Agenda verschwundene Thema der Bevölkerungskontrolle wieder verstärkt Eingang in die deutsche Entwicklungspolitik findet. Auf der Grundlage von Dokumenten, Interviews und quantitativen Daten zeichnen sie nach, wie dieser Rollback unter dem Schlagwort Bevölkerungsdynamik mit den wirtschaftlichen Interessen deutscher Pharmafirmen an Märkten für Verhütungsmittel im Süden einhergeht und über öffentlich-private Partnerschaften die hormonellen Langzeitverhütungsmittel,

welche früher durch die massive Kritik von Frauengesundheitsbewegungen diskreditiert worden waren, in großem Maßstab verbreitet werden.

Die außen- und sicherheitspolitischen Motive in der deutschen Entwicklungspolitik untersucht *Christin Bernhold* am Beispiel des Südsudan. Sie argumentiert, dass die Unterstützung zunächst einer secessionistischen Konfliktpartei und später des Staatsaufbaus im Südsudan nicht nur aus deutschen Eigeninteressen erfolgt ist, sondern auch eine erneute Bürgerkriegssituation in Kauf genommen hat. Dabei zeigt der Beitrag die Widersprüche zwischen formulierter und praktizierter deutscher Entwicklungspolitik auf und folgert, dass Staatsaufbau allein keine friedensfördernde Strategie ist.

Nicht nur in der deutschen, sondern in der Entwicklungspolitik zahlreicher Geberländer sind Mikrokredite im letzten Jahrzehnt als neue Strategie der Armutsbekämpfung und gleichzeitig des *Empowerment* von Frauen behandelt worden. *Christa Wichterich* zeigt am Beispiel der Mikrofinanzindustrie in Indien auf, wie einerseits die Kommerzialisierung des Sektors mit der Expansion eines neuen Geschäftsmodells auf den Finanzmärkten und einem neoliberalen entwicklungspolitischen Konsens der Eigenverantwortung einhergeht und wie andererseits die hohen Rückzahlungsraten verbergen, dass ein Großteil der Kreditnehmerinnen immer tiefer in eine Verschuldungsspirale gerät.

In einem Gespräch diskutieren *Hildegard Scheu* und *Gisela Burckhardt* das Engagement des gegenwärtigen BMZ-Ministers Gerd Müller nach der Rana-Plaza-Katastrophe in Bangladesch für ein „Bündnis für nachhaltige Textilien“ und fragen nach wirksamen Strategien, um menschenwürdige Arbeitsbedingungen und nachhaltige Produktionsbedingungen in der Bekleidungsindustrie zu erreichen. Abgerundet wird das Heft durch das *PERIPHERIE*-Stichwort „Sustainable Development Goals“ von *Franziska Müller*.

Mit der vorliegenden Ausgabe schließen wir den 35. Jahrgang der Zeitschrift ab. Sie ist zugleich die letzte Ausgabe, die im *Verlag Westfälisches Dampfboot* erscheint. Hintergrund der Trennung vom Dampfboot war die Frage, wie Auflage und Verkauf angesichts sich verändernder Zielgruppen und Lesegewohnheiten zu sichern und auszubauen seien. Für die Lösung des Problems ließ sich zwischen Verlag und Redaktion kein gangbarer Weg finden. Wir freuen uns, dass die *PERIPHERIE* ab dem 36. Jahrgang gedruckt und online beim *Verlag Barbara Budrich* erscheinen wird. Der Verlagswechsel fällt uns nicht leicht, denn das Dampfboot war über 14 Jahre hinweg unsere verlegerische Heimat, die eine verlässliche und gelungene Zusammenarbeit ermöglichte. Dafür möchten wir uns herzlich bedanken.

Im Mittelpunkt der ersten Ausgabe für 2016 wird das Thema „Konfliktfeld Stadt“ (Nr. 141) stehen. Für den Sommer ist eine Ausgabe zu „Gewerkschaften

zwischen Krise und Erneuerung: globale Erfahrungen und Perspektiven geplant“ (Nr. 142/143). Im Herbst wird die *PERIPHERIE* „Künstlerischen und politischen Aktivismus“ in den Blick nehmen. Zu diesen und anderen Themen sind Beiträge sehr willkommen. Die entsprechenden *Calls for Papers* finden sich auf unserer Homepage, sobald sie veröffentlicht werden.

Weiterhin möchten wir uns zum Abschluss des aktuellen Jahrgangs wieder herzlich bei den Gutachter_innen bedanken, die einmal mehr durch ihre gründliche, engagierte und kritische Arbeit zum Gelingen der Hefte maßgeblich beigetragen haben. Ihre Namen sind in alphabetischer Reihenfolge im Jahresregister aufgeführt. Ferner gilt unser Dank Sarah Becklake, die als englische Muttersprachlerin die Summaries korrigiert hat. Schließlich bedanken wir uns bei allen Leser_innen, Abonent_innen sowie bei den Mitgliedern der *Wissenschaftlichen Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik e.V.*, der Herausgeberin der *PERIPHERIE*. Unsere größtenteils ehrenamtliche Arbeit ist weiterhin von Spenden abhängig. Wir freuen uns daher über neue Vereinsmitglieder ebenso wie über einmalige Spenden. Unsere Bankverbindung finden Sie/findet Ihr, liebe Leser_innen, im Impressum. Wir wünschen Ihnen und Euch eine anregende Lektüre und einen guten Start ins Jahr 2016.

Stellungnahme des Verlags —

Liebe Leser*innen der *PERIPHERIE*,

es ist nicht ungewöhnlich, wenn eine Zeitschrift und ein Verlag eine langjährige Zusammenarbeit beenden. Aber Sie fragen sich sicherlich, warum das geschehen sollte, wenn die Redaktion der *PERIPHERIE*, wie sie schreibt, beim Dampfboot Verlag ihre „Heimat“ gefunden hatte und man sich für „eine verlässliche und gelungene Zusammenarbeit“ „herzlich bedankt“ – Warum aber dann überhaupt die Trennung?

Da wir es gewohnt sind, unsere Leser*innen ernst zu nehmen, zumindest von Verlagsseite so viel: Angesichts sinkender Verkaufszahlen gab es bei Redaktion und Verlag unterschiedliche Optionen: Während die Mehrheit der Redaktion die Lösung in einer Modernisierung als kompletter Kommerzialisierung im Internet sah, beharrte der Verlag primär auf einer inhaltlichen Verbesserung der Zeitschrift. Das konnte nicht zusammen gehen, und es folgte die Trennung – schade eigentlich.

Wir werden unser Konzept in der bekannten Weise konsequent weiter verfolgen.

Für den Verlag: Hans-Günter Thien

